

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte | Schweizer Str. 58 | 23714 Bad Malente

An den Vorsitzenden des Wirtschafts- und
Digitalisierungsausschusses des Schleswig-
Holsteinischen Landtages
Claus Christian Claussen

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2267

9. November 2023

Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 20/1159

Sehr geehrter Herr Claussen,

mit Schreiben vom 29.09.2023 hat uns der Landtag um eine schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der SPD „Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen“ (Drucksache 20/1159) gebeten. Dem kommen wir gerne nach.

Wir nehmen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. Wir begrüßen die Feststellung, dass bei der von der Landesregierung für 2024 in Aussicht gestellten „umfassenden Weiterbildungsstrategie“ ein umfassender Weiterbildungsbegriff angelegt wird. Unsere Bildungsstätte ist der politischen Bildung verpflichtet und sieht in dieser einen wesentlichen Bereich der Weiterbildung, der alle anderen Bereiche inhaltlich und systematisch berührt, weil nur in einer demokratischen Gesellschaft mit demokratisch verfassten Strukturen eine individuelle Weiterbildung für alle Bürger*innen gelingen kann.
2. Zu den Punkten des SPD-Antrages im Einzelnen ist zu sagen, dass wir die Formulierungen der Punkte 1. – 3. in ihrer Allgemeinheit und ihrer grundsätzlichen Bedeutung ausdrücklich teilen.

3. Zu den Punkten 4. sowie 7. und 8. nehmen wir nicht Stellung, da diese Aufgabenbereiche und Herausforderungen betreffen, die nicht zum Tätigkeitsfeld unserer Bildungsstätte zählen und für die wir nicht über die entsprechende Expertise verfügen.

4. Den Punkt 5. des SPD-Antrages wollen wir ausdrücklich unterstreichen. Er ist in seiner Allgemeinheit sicher unstrittig. Aus ihm folgen eine Vielzahl von Herausforderungen für die Weiterbildungseinrichtungen. Als Beispiel zu nennen wäre vor allem, die Anerkennung für Weiterbildungsangebote im Bereich Klima- und Umweltschutz als Bildungsurlaub deutlich zu erleichtern. Notwendig ist auch eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Nationalen Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung, auch um Klimaziele erreichen zu können. Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung bei der Erarbeitung ihrer Weiterbildungsstrategie auf die Erfahrungen der Bildungsträger, auch auf diejenigen der politischen Bildung, zurückgreift.

5. Der Punkt 6. berührt den Kernpunkt der Arbeit der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte. Wir unterstreichen ausdrücklich, dass Demokratiebildung kein isoliertes Fachthema für sich ist, sondern als integraler Teil jeglicher Weiterbildung betrachtet werden muss. Diesem Ansatz fühlen wir uns verpflichtet. Das gilt für Aufgabenstellungen und Angebote von historischer, kultureller, kommunalpolitischer, internationaler, ökonomischer Bildung sowie für alle anderen Themenfelder unserer Aktivitäten. Der Ansatz ist immer gegen Extremismus jeglicher Façon, gegen totalitäres Denken und Handeln, gegen Intoleranz, Bevormundung und autoritäre Strukturen, gegen rassistische, „woke“ oder anders motivierte Ausgrenzungen, gegen verdeckte oder offene Angriffe auf unsere freiheitliche demokratische Ordnung in Staat und Gesellschaft gerichtet.
Die politische Weiterbildung soll die Orientierung des Einzelnen in Staat und Gesellschaft fördern, indem sie die Beurteilung gesellschaftlicher Zusammenhänge ermöglicht und zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten befähigt. Sie soll die Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilhabe an der gesellschaftlichen und staatlichen Willensbildung fördern sowie die Qualifizierung für ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement einbeziehen, dadurch die Demokratie sichern und helfen, den sozialen Rechtsstaat fortzuentwickeln. Sie ist damit integraler Teil der allgemeinen Weiterbildung, die die Selbstentfaltung des Einzelnen fördert, indem sie zur Auseinandersetzung insbesondere mit kulturellen, sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen befähigt und zum Handeln in diesen Bereichen anregt. Sie soll auch dazu befähigen, soziale Entwicklungen mitzugestalten.
So verstehen wir den Punkt 6., dem wir zustimmen.

6. Wir nehmen die Debatte und den Antrag zur Weiterbildungsstrategie zum Anlass, die Fraktionen des Landtages auf eine für uns wesentliche Forderung hinzuweisen. Wir brauchen eine stärkere Position für anerkannte Träger der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung, damit die im Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG) vom 6. März 2012 formulierten Ziele effektiver realisiert werden können. Als hierfür sinnvoll erachten wir eine Vereinfachung bei der Anerkennung von

Veranstaltungen als Bildungsurlaub, den Wegfall der Kosten bei der Bewerbung anerkannter Seminare zur politischen und Umweltbildung über das vom Land geförderte Kursportal SH sowie eine nachhaltige Strategie zur finanziellen Sicherung von Angeboten nichtstaatlicher Träger.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Drucksache 20/1159, wünschen Ihnen und uns eine gedeihliche, ergebnisorientierte Debatte und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Friederike Bartels
Studienleiterin der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Unter Mitwirkung von Jürgen Weber, stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.

Gesa Grube-Bente, Verwaltungsleiterin der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Marvin Renninger, Pädagogischer Mitarbeiter der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte